

Beschluss

## **Rechtsstaatlichkeit in Russland fördern – Michail Chodorkowski freilassen**

Zu den Zielen unserer Außenpolitik gehören enge und kooperative Beziehungen zu Russland, dem größten und bedeutendsten Nachbarland der Europäischen Union. Russland steht vor der Notwendigkeit einer umfassenden Modernisierung, um den Anforderungen der Zukunft begegnen zu können. Teil und Voraussetzung einer erfolgreichen Modernisierung ist nach unserer Überzeugung ein Staat, der die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger garantiert und schützt und der rechtsstaatliche Prinzipien befolgt.

Russlands Mitgliedschaft im Europarat zeigt, dass es gewillt ist, diese Werte des Europarates zu achten und nach ihnen zu handeln. Die wiederholte Forderung Präsident Medwedews nach verstärkter Bekämpfung der Korruption und nach Rechtssicherheit weist darauf hin, dass sich die russische Führung dieser Werte und ebenso der Defizite bei ihrer Durchsetzung bewusst ist. Die Reform der russischen Justiz, der Verwaltung im Allgemeinen und die Durchsetzung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit wurden zu Präsident Medwedews politischen Hauptzielen erklärt. Auch das dem Präsidenten nahestehende „Institut für moderne Entwicklung“ INSOR fordert eine Entwicklung, die „den aktivsten und produktivsten Bürgergruppen Möglichkeiten für eine freie Selbstverwirklichung bieten und eine Grundlage für massive Investitionen – sowohl in Form von Finanzmitteln als auch in Form von Händen und Köpfen – schaffen“ würde. Diese Agenda bietet eine gute Basis für die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland bzw. der Europäischen Union.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachtet die Mitgliedschaft Russlands im Europarat als ein wichtiges Signal der russischen Führung gegenüber der EU und gegenüber der eigenen Gesellschaft. Den damit verbundenen Anspruch, einen demokratischen Staat aufzubauen, nehmen wir ernst. Das bedeutet auch, die Politik der russischen Regierung daran zu messen.

Nach wie vor sind deutliche rechtsstaatliche Defizite in Russland festzustellen. Sie betreffen sowohl die Polizei als auch den Strafvollzug und die Justiz.

Zum Symbol für die fehlende Unabhängigkeit der Justiz ist der Fall Chodorkowski geworden.

Bereits zum zweiten Mal stehen er und sein früherer Partner vor Gericht. Der gegenwärtige Prozess befindet sich in der Endphase, und den Angeklagten drohen nach jetzt bereits sieben Jahren Haft weitere sechs Jahre im Gefängnis. Beide Prozesse verstoßen nach Überzeugung aller unabhängigen Beobachter massiv gegen rechtsstaatliche Grundsätze und sogar gegen die elementare Logik. Besonders deutlich wurde dies im jetzigen zweiten Prozess, der im Unterschied zum ersten öffentlich geführt wird. Sein offenkundig politischer Hintergrund hat dem Ansehen Russlands im Ausland erheblich geschadet.

Die russische Justiz hat 2003 auf den Konzern „Jukos“ zugegriffen, als dessen Hauptanteilseigner Michail Chodorkowski begonnen hatte, den Kreml herauszufordern. Er unterstützte offen die liberale Opposition, wandte sich gegen die weitverbreitete Korruption und öffnete den Kon-

zern für westliche Investoren. Damit kritisierte er die damalige russische Führung unter Präsident Putin und deren wirtschaftliche Basis.

Michail Chodorkowski gehörte zu jenen Oligarchen, die während der Privatisierung der vormals sozialistischen Wirtschaft Russlands zu Reichtum gekommen waren. Zu diesem Privatisierungsprozess gehörten erhebliche Defizite an rechtlichen Regelungen und verbreitete fragwürdige Praktiken. Anders als Chodorkowski bleiben jedoch jene Oligarchen, die sich in der Folgezeit dem Kreml untergeordnet hatten, von späteren Anklagen unbehelligt.

Mit seiner wirtschaftlichen Macht unterschied sich Michail Chodorkowski von den mutigen Menschenrechtlern und Journalistinnen, die immer für demokratische Werte eingetreten waren. Mit dieser Macht drohte er zur ernsthaften Gefahr für Putins System zu werden. Chodorkowski stand für den Mitgestaltungsanspruch der Zivilgesellschaft, für demokratische Regeln und eine pluralistische Gesellschaft, für eine umfassende Modernisierung.

Der Prozess gegen Chodorkowski wird die Wirtschafts- und Rechtskultur in Russland lange und tief prägen. Deswegen ist er ein wichtiger Testfall für Medwedew.

Sollte Chodorkowski ein weiteres Mal verurteilt werden, wäre das ein Zeichen andauernden Rückschritts in Russland. Ein Freispruch würde Hoffnung für die Kräfte der Modernisierung bedeuten.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf,

- ◆ gegenüber der russischen Regierung auf die Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze in allen Strafprozessen zu drängen und insbesondere im Prozess gegen Michail Chodorkowski diese Prinzipien einzufordern;
- ◆ rechtsstaatliche Defizite Russlands konkret zu thematisieren und zugleich umfassende Angebote zu deren Überwindung zu unterbreiten;
- ◆ im Rahmen des auszuhandelnden neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens der EU eine intensive Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Justizwesens zu vereinbaren, die messbar dazu beiträgt, die Rechtssicherheit in Russland zu erhöhen;
- ◆ zusätzliche Beiträge zur Finanzierung von Rechtsstaatsprojekten des Europarates, der OSZE sowie von NGOs zu leisten, die in Zusammenarbeit mit der russischen Regierung durchgeführt werden;
- ◆ im Rahmen des Europarates und des Ministerrates der OSZE auch weiterhin gegenüber der russischen Regierung auf die aus der Mitgliedschaft erwachsenen Verpflichtungen hinzuweisen.
- ◆ die Zusammenarbeit zu Themen der Gesetzgebung, der Justiz und des Strafvollzugs weiterzuentwickeln sowie dabei konkrete Vereinbarungen über Ziele und deren Umsetzung zu treffen;
- ◆ sich bei europäischen Unternehmen, die in Russland investieren, für einen Verhaltenskodex zur Einhaltung europäischer Standards einzusetzen;
- ◆ den russischen Präsidenten bei seinen Bemühungen zur Schaffung einer unabhängigen Justiz zu unterstützen;
- ◆ sich bei der russischen Regierung für die Zulassung unabhängiger, auch internationaler Untersuchungen zu den Haftbedingungen in russischen Strafanstalten sowie für die Beendigung der menschenrechtswidrigen und schikanösen Behandlung vieler Häftlinge des russischen Strafvollzugs einzusetzen.